

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für drei Monate oder bei direkter Bestellung ohne Zustellung monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Postband 3.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Jahrgang der Postzeitungsliste für 1919 eingetrag.

Interate sollen die abgeheftete Zeitungszelle über deren Name 1,20 M., Verlagspreis des langbelegten Wert 20 Pfg. jedes weitere Wert 25 Pfg. Zeitungszahlung 40 Pfg. Familien- und Verkaufungspreisen (2/3) der Zeitung sein. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9769

# Die Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Der Vormarsch auf Hamburg.

## Die Lage am Donnerstag.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Hamburg, 26. Juni, 11 Uhr vorm.

Heute morgen hat eine Sitzung der Reichsräte stattgefunden. Es ist beschlossen worden, sich vollständig auf der Defensiven zu halten. Die Regierungstruppen befinden sich bereit an der Grenze Hamburgs und sind in ständiger Verbindung mit den Regierungstruppen. Es ist der Beschluß gefaßt worden, daß der Hamburger Senat mit den Regierungstruppen verhandeln soll, die jetzt in Wandsbek, an der Grenze Hamburgs, angelangt sind. Die Verhandlungen haben im Laufe der Nacht angefangen. Die Arbeiterchaft verlangt vom Senat, daß er die öffentliche Arbeiterchaft vollständig in der Lage ist, die Ruhe und Ordnung in Hamburg aufrechtzuerhalten, nicht flücht und daß Hamburger Stadtgebiet vor dem Einmarsch der Regierungstruppen bewahrt.

Kriegsabteilung findet auf dem Heiligengefelfe die Bewaffnung der organisierten Arbeiterchaft statt, die sich der Volkswache einreihen. Die Situation ist überaus kritisch. Die Hamburger Arbeiterchaft wird versuchen müssen, wenn bei waffneten Kampf zu verhindern. Wesentlich gelingt die Regierungstruppen sichern an der Grenze und, wie aus der heutigen Presse zu ersehen ist, befindet sich von Lettow-Borbeck auf dem Marsche gegen Hamburg. Die Hamburger Arbeiter werden also, der Senat als Vertreter der Hamburger Arbeiter und der Hamburger Selbständigkeit, den Einmarsch der Truppen mit selbstlichen Mitteln verhindern, weil die organisierte Arbeiterchaft vollständig in der Lage ist, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Die Sicherung der Ruhe und Ordnung ist auch im Laufe der Nacht und im Laufe des heutigen Tages vollständig erfolgt. Die Zahl der Arbeiterchaft geht dahin, die Verhandlungen zunächst durch den Hamburger Senat führen zu lassen und auf diese Weise den Einmarsch der Regierungstruppen zu verhindern.

Um 4 Uhr nachmittags findet die Versammlung der Reichsräte ihre Fortsetzung und um 5 Uhr treten die Reichsräte der Parteien zusammen, um zu der gegenwärtigen Situation Stellung zu nehmen.

## Lettow-Borbeck auf dem Wege nach Hamburg.

„Mit allen Mitteln schnellstens niederzuschlagen.“

Reichswehrminister Noske hat folgenden Befehl erlassen: Die Aufstände in Hamburg, die Wütereien und schweren Streikausbrechungen in Berlin und anderen Orten veranlassen mich zu folgendem Befehl:

1. Aufstände sind mit allen Mitteln schnellstens niederzuschlagen, wenn nötig unter rücksichtsloser Anwendung von Waffengewalt.

2. Bei Streiks in gewinnbringenden Betrieben, deren Fortführung für die Allgemeinheit lebenswichtig ist, kann mit militärischen Mitteln der Betrieb aufrechterhalten werden. Die Freiheit der Arbeit ist überall zu schützen.

3. Bei Streiks auf Eisenbahnen ist die Durchführung der notwendigen Transporte nötigenfalls unter Anwendung von Waffengewalt zu erzwingen.

Ich behalte mir vor, gegen Aufständische das verfassungsmäßige Strafrecht anzuwenden.

Noske.

Es wird ferner mitgeteilt, daß das Kabinett gegen Hamburg, wo die Aufständischen auch den Reichsräten besetzt haben, die Reichswehrkräfte anordnet habe.

Da die Kräfte der Hamburger Volkswache gegen die Aufständischen nicht ausreichen, ist General von Lettow-Borbeck beauftragt worden, mit einem starken Detachement nach Hamburg zu rücken und dort die öffentliche Ordnung wiederherzustellen. Die Truppen des Generals von Lettow-Borbeck befinden sich schon auf dem Wege nach Hamburg.

## Wird verhandelt?

Die „Neue Berliner“ meldet: Wie wir von einer Regierungskette erfahren, befinden sich die Verhandlungen ganz außerordentlich große Schwierigkeiten in Hamburg, die für das ganze Reich von Bedeutung sind. Daß alle Lebensmittelhandlungen der

Stadt werden in Hamburg gelöst und gerade in den letzten Tagen sind mehrere wertvolle Ladungen angekommen. Das gegen Hamburg vorgehende Truppenangebot soll hauptsächlich dazu dienen, diese Lebensmittelhandlungen zu schützen. Im übrigen sind nicht beabsichtigt, gegen die Aufständischen militärisch und rücksichtslos Gewalt anzuwenden, sondern es sollen Verhandlungen eingeleitet werden. Die Hauptforderung der Hamburger Arbeiterchaft, das Kontrollrecht über die zur Verteilung bestimmten Lebensmittel, wird ihnen als durchaus berechtigt zugestanden werden.

## Plünderungen in Frankfurt a. O.

Frankfurt (Oder), 26. Juni.

H. Z. B. meldet:

Nachdem bereits in den gestrigen Morgenstunden auf dem Obst- und Gemüsemarkt Plünderungen vorgekommen waren, ging der Wut am gestrigen Spätmorgen im Anschluß an eine Versammlung der Unabhängigen vor das Gefängnis und vertrieb sämtliche Gefangene, darunter einen Arbeiter. In der Stadt plünderte die Menge eine größere Zahl von Läden und Warenhäusern, sowie mehrere Restaurationen und Cafés. Als Regierungstruppen einschickten, war ein großer Teil des Raubschon geschehen. Auf dem Marktplatz sind zahlreiche Läden, vor allem Warenhäuser und Konfektionsgeschäfte, geplündert und zerstört. Der Schaden ist vorerst noch unüberschaubar. Von Menschenverlusten ist noch nichts bekannt.

## Hamburg und die U. S. P.

### Eingreifen der Parteileitung.

Die Parteileitung der U. S. P. D. hat an die Regierung zu er folgenden Telegramm gesandt:

Die organisierten Arbeiter haben nach dem Beschluß der Regierung, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, den festen Willen bekundet, von einem Generalstreik abzuhandeln zu nehmen.

Die Lebensmittel-Krawalle, die in verschiedenen Städten spontan aus Hunger und aus Empörung über Lebensmittelwucher und -verfälschung ausgebrochen sind, haben keine Zusammenhang mit irgendeiner organisierten Arbeiterpartei.

Bestimmte Anzeichen, so: die zu Plünderungen auffordernden antisemitischen Flugblätter, die Anführung der Menge durch sehr gut gekleidete Persönlichkeiten mit Dreilautrington, sprechen dafür, daß jene Krawalle der Empörung zum Teil von reaktionärer Seite zu Provokationszwecken ausgenutzt werden.

Nach sämtlichen, auch offiziellen Berichten aus Hamburg, haben die Arbeiter aller sozialistischen Parteien, die die Leitung der Verwaltung in die Hand genommen haben, alle Ordnung hergestellt und namentlich gegen Plünderungen scharf Stellung genommen.

Der Beschluß der Regierung, Truppen gegen Hamburg zu senden, muß angesichts dieser Tatsachen auf die Arbeiterchaft als Herausforderung wirken und mit Sicherheit zu Blutvergießen führen.

Der Aufruf des Reichswehrministers Noske ist geeignet, die Arbeiter noch mehr zu erregen. Er spricht nicht von den oben erwähnten Krawallen in Berlin, sondern von „schweren Streikausbrechungen“, obwohl von solchen nichts bekannt geworden ist. Dazu kommt, daß sein Aufruf auch im übrigen mit den elementarsten Anschauungen der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung der Arbeiterchaft im Widerspruch steht.

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fordert die Regierung im Hinblick auf die große Gefahr auf, den Vormarsch der Truppen nach Hamburg einzustellen, in Verhandlungen mit den organisierten Arbeitern in Hamburg einzutreten und im Einvernehmen mit ihnen die Verhältnisse dort zu regeln.

Namens der Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei:

Geispien, Dittmann, Haase, Lausant, Wojas, Kemik, Bick.

## Gewalt oder Vernunft?

„In Hamburg entwickelte sich gegen Abend ein bewegtes Auf und Ab von Volksmengen, die überall Ruhe und Ordnung wählten. Wenn vereinzelte Schüsse fielen, so gelien diese den Plünderern.“

So ist gestern abend vom Wolffschen Bureau gemeldet worden. Zu gleicher Zeit wurde auch mitgeteilt, daß das Reichskabinett gegen Hamburg die Reichsregierung angeordnet habe. General v. Lettow-Borbeck sei mit dem Oberbefehl über die Truppen beauftragt worden, die auf Hamburg marschieren sollen. In seiner Unterfertigung hat Herr Noske einen Befehl erlassen, daß alle Aufständische rücksichtslos niedergeschlagen werden sollen, daß die Eisenbahntransporte nötigenfalls mit Waffengewalt zu erzwingen seien, und er kündigt außerdem an, daß gegen Aufständische das verfassungsmäßige Strafrecht verhängt werden soll.

Ruhe und Ordnung herrscht also in Hamburg, trotzdem aber wird ein Her gegen die Stadt in Bewegung gesetzt. unrichtig zu sagen, daß die bürgerliche Presse diesen Maßnahmen zustimmt, ihr ablehnender Teil allerdings mit einem heiseren Auge, denn die Blätter dieser Richtung freuen sich naturgemäß darüber, daß der Regierung, die den „Schwachsinn“ zu unterzeichnen im Begriff ist, neue Schwierigkeiten erwachsen. Wir können fragen, ob es notwendig ist, den General nach Hamburg zu entsenden, ob es nicht möglich sei, die Unruhen in Hamburg durch friedliche Verhandlungen zu beenden. Aber unsere Frage würde ohne Antwort bleiben. Noske hat das Wort, und das bedeutet die rücksichtslose Anwendung der militärischen Gewalt.

Wie haben sich die Ereignisse in Hamburg entwickelt? Von mehreren Einzelheiten ist seit gemauert Zeit eine schärfere Kenntnis aus mündlichen Mitteilungen und Nachrichten hervorgehoben und zu hohen Größen verkauft worden. Es mußte von Behörden bekannt sein, welche schändlichen Handweil hier getrieben wurde. Nicht ist aber geschah, um der bevorstehenden Ausbreitung der mündlichen Bevölkerung Winkeln zu gebieten. So griffen ungeschulten Hausen zur Selbsthilfe. Die Einzelheiten wurden nicht angewiesen, ihre schärfsten Betriebe wurden demoliert.

Wir lassen es dahingestellt, ob bei diesen ersten Tumulten, wie in anderen Orten, so auch in Hamburg Provokation miteingewirkt hat oder ob sie in der Erregung spontan entstanden sind. Ohne Zweifel wäre es aber gelungen, die tumultuierende Bevölkerung wieder zur Besinnung zu bringen, wenn sie die Gewißheit erhalten hätte, daß nun endlich gegen die schamlose Ausbeutung der Konsumenten durch gewissenlose Unternehmer mit Energie vorgegangen werden würde. Man hätte aber die Bahnenfelder Einwohnerwehr herbei. Diese Einwohnerwehr ging nun ohne jede Überlegung vor. In die Menge wurde scharf geschossen, eine große Zahl von Toten und Verletzten bedauerte bald das Schwereplaster. Daraus haben sich dann alle anderen Ereignisse entwickelt, über die wir bereits berichtet haben.

Was sollten die Arbeiterorganisationen in der dadurch geschaffenen Situation tun? Die Behörden hatten vollkommen gegenüber dem Lebensmittelwucher verjagt, sie verjagten auch bei der Vernichtung der Bevölkerung. Die Vertreter sämtlicher sozialistischer Parteien, also auch der Reichssozialisten, kamen überein, die Gewalt über den Staat Hamburg zu übernehmen, und es ist ihnen denn auch binnen wenigen Stunden gelungen, wie selbst offiziell zugegeben werden muß, die Ruhe in der Stadt wiederherzustellen. Es muß bei dieser Gelegenheit besonders hervorgehoben werden, daß die drei Parteien einig vorgegangen sind, um von vornherein der Legende den Boden zu entziehen, als ob es sich um einen kommunistischen Putz handelte.

Überhaupt haben die Ereignisse in Hamburg keinen politischen Hintergrund, sie sind weder vorbereitet worden noch lag ihnen ein bestimmter Plan zugrunde. Nicht die Aufrichtung einer Räterpublik ist das Ziel der Bewegung, soweit man von einer Bewegung in diesem Falle überhaupt reden kann, sondern die Wiederherstellung der Ordnung, die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Was also die Reichsregierung angeht, will, was Lettow-Borbeck durchzuführen soll, nämlich die

Biederherstellung der ... für eine weitestgehende Regierung ...

In der bürgerlichen Presse wird gegen die ... Arbeiterkraft bereits wieder mit den üblichen Mitteln ...

Gegenwärtig wird von den Kommunisten und Unabhängigen ... wieder eifrig Stimmung für einen neuen Generalfreist ...

Es ist eine sehr sonderbare Methode, die hier geübt ... wird. Von den rechtssozialistischen Führern ist der Belagerungs ...

Wit welcher Verlogenheit der ... Arbeit ... geht aus einer anderen Stelle seines ...

Das war damals im Herbst, als ... das war in die Freiheit, wie er sagte, denn er kam aus ...

Malarow.

Von Werner Peter Parzen (München).

Das war damals im Herbst, als ... das war in die Freiheit, wie er sagte, denn er kam aus ...

Wir waren im großen ganzen über alles orientiert, was ... wissenswert war; wir scherten uns den Kopf um das Minimum ...

Ja, ich will offen gestehen, daß ich in der ersten Zeit ... nach einer Weile aber kommt Malarow zu sich, lächelt mühsam ...

„Nichts, Bruder, nichts ...“ „Es gibt Sturm und Regen ...“ Und richtig, um Mitternacht beginnt es zu bliesen, die Welle ...

Trotzdem traten Sturm und Regen eigentlich nicht sehr häufig ... ein, sondern es war ein linder ...

Angesichts der erregten Stimmung der ... Bevölkerung muß gefordert werden, daß der unüberlegte ...

Die Politik der Obersten Heeresleitung.

Kolberg, 25. Juni.

Von der Obersten Heeresleitung wird folgendes mitgeteilt:

In der Nacht vom 22. 23. 6. um 1 Uhr vormittags teilte ... Generalstab dem Kaiserlichen Generalquartiermeister ...

Am 22. 6. ist dem Herrn Reichswehrminister folgende ... Erklärung überhandt worden:

Großes Hauptquartier, den 17. Juni 1910. Wir sind bei ... der Wiederaufnahme der ...

Kußerdem ist bei einer Besprechung in Weimar am 19. 6. ... von allen anwesenden Kommandobehörden ...

Am 22. 6. gegen 10 1/2 Uhr vormittags meldete der ... Verbindungsoffizier ...

1. Der Reichswehrminister ist nach Weimar zurück ... gekommen.

2. Beim Reichspräsidenten Erklärung von heute ... Nacht wiederholt, daß die O. S. L. auf ihrem Standpunkt ...

3. General v. Bülow hat vorhin dem Reichswehrminister ... telephonisch mitgeteilt, daß er und seine Offiziere ...

Tenn er hatte nur Wunden und Striemen. ... Das war damals im Herbst, als wir unten im Grünwald ...

Am 18. Juni ... den Ersten Generalquartiermeister ...

Auf diese Frage erfolgte um 12 Uhr mittags die ... Antwort des Ersten Generalquartiermeisters, ...

Weitere Schritte der O. S. L. sind in der ... Friedensfrage nicht ...

Wir haben bereits auf die bedeutsame ... Rolle hin ...

Der General von ... Die Deutsche Tageszeitung ...

Blutige Zusammenstöße in Kanada.

Rotterdam, 25. Juni.

„Laut ...“ ...

„Laut ...“ ...

„Laut ...“ ...

„Laut ...“ ...

„Laut ...“ ...

„Laut ...“ ...

„Laut ...“ ...

„Laut ...“ ...

„Laut ...“ ...

„Laut ...“ ...

„Laut ...“ ...

„Laut ...“ ...

„Laut ...“ ...

„Laut ...“ ...

„Laut ...“ ...

„Laut ...“ ...

# Die Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Freitag oder Sonnabend.

Paris, 25. Juni. (Havas.)

In dem Bericht über die diplomatische Lage heißt es, daß man die Unterzeichnung des Friedensvertrages für Freitag oder Sonnabend morgen erwartet. Die Unterzeichnung wird nicht mehr als eine Stunde dauern, da die Botschaft vor der in der Kammer an der Urkunde angebracht werden. Der Vertrag der 140 Unterzeichnungen für die Unterzeichnung ist bereits fertiggestellt worden. Danach erhalten die Franzosen, Amerikaner, Engländer und Italiener je 30 Unterschriften, die Japaner 20 und die übrigen am Krieg teilnehmenden Staaten teilen sich in den Rest der Plätze. Wilson hat den Wunsch geäußert, Frau Todd, Sekretärin an der Unterzeichnung teilzunehmen, während die Franzosen werden außer den Friedenskommissionen auch die Mitglieder der Regierung, Poincaré und die Generäle, die die Kriegsgruppen befehligen, teilnehmen.

# Die Verteilung der Beute.

Das Schicksal der deutschen Kolonien.

Verfaillés, 25. Juni.

Lemps mehret: Rath Wilson ist in Paris eingetroffen, wo er bis nach der Friedensunterzeichnung verbleiben wird. In der Zwischenzeit hofft man, daß der Vizepräsident seine Reise nach London machen wird, um das Schicksal der deutschen Kolonien eingehend zu regeln. Einerseits bleibt die Verteilung dieser Gebiete unter verschiedenen Mächten gutaussehend. Andererseits wird besonders eine Abmachung notwendig sein, die von Großbritannien und Frankreich bezüglich Kamerun und Togo vorbereitet wurde, sowie eine Abmachung, die von Großbritannien und Belgien bezüglich Deutsch-Ostafrika ausgeht. Außerdem muß die Natur der Kolonialmandate, das laut Vertrag für die Zukunft dieser Gebiete vorgesehen ist, mit größerer Genauigkeit festgelegt werden. Es ist noch kein Beschluß gefaßt, diese Frage auszuwerfen. Die Arbeit der Interalliierten Delegationen eine Reihe von Besprechungen zu halten, um zu einer gemeinschaftlichen Regelung zu gelangen.

# Die Verteilung der deutschen Handelsflotte.

Brüssel, 25. Juni. (Havas-Reuters.)

Der Ministerpräsident erklärte in der Kammer auf eine Interpellation bezüglich des Anteils Belgiens an der von Deutschland abzurufenden Handelsflotte, daß Belgien um die Zuweisung von 300 000 Tonnen geteilt habe, die Zuweisung von Schiffen jedoch erst nach Friedensschluss erfolgen kann. Belgien habe die Befugnisse erhalten, daß es vollumfänglich beachtet werden solle.

# Die Hitze gegen Erzberger.

In der alldeutschen Presse wird seit Montag wie wohnsinnig gegen Erzberger gehetzt, wohl man ihm die Hauptverantwortung für die Niederlage zuschreibt. Die alldeutschen Kreise haben sich zur Annahme des Friedensvertrages nicht entschließen können. So ohne die beiden Vorbehalte bereit sein können. So ohne die beiden Vorbehalte bereit sein können. So ohne die beiden Vorbehalte bereit sein können.

Es ist allerdings ein merkwürdiges Gefühl für unsere Freiwilligentruppen sein, Schildwache an der Front zu stehen und wir wundern uns nicht, daß sie sich nicht als deutsche Mann mehr begeben will. Dabei steht es augenblicklich nicht fest, wo Herr Erzberger sich jetzt befindet. Als die Posten in Weimar sich weigerten, Herrn Erzberger weiter zu schicken, so ist er abgerufen. Es wäre ein Jammer, wenn diesem Mann etwas widerfahren wäre, vor seiner Entlassung, die wohl bald kommen wird.

Man kennt diese Melodie. Wir haben sie gehört, als Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Kurt Eisner noch lebten, sie verkündeten erst, als diese Vorläufer der Revolution dahingemordet wurden. Will man Erzberger jetzt dasselbe Schicksal bereiten?

# Der Fall Scheuermann.

Gegen die von uns bereits gemeldete Verhaftung des alldeutschen Journalisten Scheuermann durch französische Behörden, erheben die in Versailles anwesenden Pressevertreter Protest und verlangen, daß Scheuermann sofort aus der Haft entlassen wird, andernfalls sie genötigt seien, den Vertrag zu verfallen. Auch der Gesandte von Spanien hat in einer Note an Clemenceau um Aufhebung des Vorbehalts erklärt und Protest gegen die dem Vizepräsidenten übergebene Verhaftung eines Mitglieds der deutschen Delegation erhoben. Auch wir können diesen Protest unterstützen und erwarten von der französischen Regierung, daß sie ihm sofort Rechnung trägt.

Wir müssen aber darauf hinweisen, daß die deutsche Regierung und die deutsche Presse für moralisches Recht gegen diese Verletzung internationaler Rechte zu sprechen, selbst einig sind. Da sie fremden Staatsangehörigen gegenüber diese Haltung von Unanständigkeit der Territorialität nicht anerkennen. So ist die Haltung der Territorialität nicht anerkennen. So ist die Haltung der Territorialität nicht anerkennen.

Wir wollen abwarten, ob nimmer, nachdem die deutschen Journalisten am eigenen Leibe erfahren haben, wie wertvoll die Beachtung der Rechte über die Territorialität ist, sie sich unter Protesten gegen die Verurteilung Kretzschmars und Kretzschmars anschließen werden und die sofortige Freilassung auch von Tscherepanoff unterstützen, gegen den überhaupt kein Verfahren anhängig gemacht worden ist.

# Das Verfahren gegen Kretzschmar.

Falsche Angaben des Auswärtigen Amtes.

Der bayerische Gesandte in Berlin hat seiner Regierung mitgeteilt, daß an seiner Stelle nicht davon bekannt sei, daß Kretzschmar in diplomatischer Eigenschaft sich in Deutschland

aufgehalten habe. Diese Mitteilung ist falsch. Kretzschmar ist im Besitz einer Ausreisepasse des Auswärtigen Amtes, die ihm daselbst im Juli 1918 ausgestellt hat und die nur diplomatische Vertreter und Mitglieder diplomatischer Missionen erhalten. Aus diesem Grunde ist es vollkommen unverantwortlich, wenn das Auswärtige Amt dem bayerischen Gesandten nach München mitteilen läßt, daß in Berlin über die diplomatische Eigenschaft Kretzschmars nichts bekannt ist.

Es ist Pflicht der zuständigen Behörden, der Tatsache, daß Kretzschmar diplomatischer Vertreter war, Rechnung zu tragen und daraus die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Der Zweck der falschen Angaben kann nur der sein, Kretzschmar trotz dieser diplomatischen Eigenschaft von dem rasch arbeitenden Standgericht ereiligen zu lassen.

Wir weisen ausdrücklich auf die Folgen hin, die ein solches Verhalten nach sich ziehen muß. Will die deutsche Regierung in Wahrheit gute Beziehungen zu Sowjet-Rußland, so darf sie sie durch die Auslieferung Kretzschmars an die Militärs nicht gefährden.

# Das Urteil auf Kadel.

Von den Verteidigern Kadel wird uns mitgeteilt, daß die aufstrebend offene Stellungnahme, wonach es sich um einen aus Unvorsichtigkeit abgeleiteten Schuß gehandelt habe, nach den angeführten Ermittlungen unrichtig ist. Tatsächlich sind aus der gegenüberliegenden Kaserne mehrere Schüsse abgegeben worden, die sämtlich in nächster Nähe Kadel's einschlugen. Der Besatzungsbeamte, der Kadel auf seinem Spaziergang begleitete, wäre ein Haar von einem der Schüsse getroffen worden. Gleichzeitige mit diesen Schüssen, die entweder aus einem Revolver oder aus einem Gewehr abgegeben sind, dürfte ein lebendes Mädel ergebnislos, das vermutlich nur dazu bestimmt war, die anderen Schüsse zu verdecken. Daß die Kugel in Kadel's Brust eingeschlagen, ist durch die Untersuchung der Wunde herbeigeführt, in dem ein Strafgericht seine Beobachtungen in dieser Angelegenheit der Verteidigung Kadel's übermitteln sollte, von der Beförderung ausgeschlossen ist.

Verweis in einer ausführlichen Eingabe vom 3. März hat Rechtsanwalt Dr. Weinberg den Justizminister auf die Gefahren hingewiesen, denen Kadel im Haftgefängnis ausgesetzt ist und die Überführung in das Untersuchungsgefängnis verlangt. Das Justizministerium ist infolge aller Gefahren verantwortlich, wenn Kadel infolge seines Aufenthalts im Haftgefängnis ausgesetzt ist.

Bei dieser Gelegenheit sei auch auf die Tatsache hingewiesen, daß es den Verteidigern Kadel's trotz aller Vorstellungen und Beschwerden bis heute noch nicht gestattet ist, ihren Mandanten ohne Beisein einer Gerichtsperson zu sprechen.

# Eine irreführende Anfrage des Vorwärts.

Seit einigen Tagen wird in Halle der Frage gegen die Arbeiter des Oberleitungs u. Arbeiter vorhabend. Der Bericht über diese Verhandlung, den auch der „Vorwärts“ benutzte, stammt von einem bürgerlichen Korrespondenten. Wir werden deshalb über diesen Bericht im Zusammenhang berichten, wenn das Ergebnis der Vernehmungen und das Urteil vorliegt und eine kritische Würdigung möglich ist. Es war für uns unverständlich, daß der „Vorwärts“ sich diese Gelegenheit der „Freiheit“ auszunutzen, nicht entgehen lassen würde. Und richtig, in der heutigen Morgen-Ausgabe des „Vorwärts“ enthält er sich darüber, daß wir die Berichte dieser Korrespondenz nicht veröffentlichen, angeblich weil uns dieser Prozeß „peinlich“ sei. Das ist durchaus nicht der Fall, denn es besteht niemals ein Zweifel, daß Angehörige von und die schärfste Verurteilung erfahren.

Über den Prozeß „Vorwärts“-Mittel, worum sind von denen der „Hochverratprozeß“ gegen die Bergarbeiter im Ruhrgebiet, sowie die Prozesse gegen Unabhängige in Nürnberg und Stuttgart, die doch so interessante politische Einblicke in die Spindelwirtschaft der Reichssozialisten eröffnen haben, vollständig totgeschwiegen worden? Und sollen wir die Mitleid über absichtlichen Vertuschungsversuche noch vergähnen, so sind wir dazu jederzeit gerne bereit.

# Unruhen in Landsberg a. W.

Landsberg (Warhe), 26. Juni.

In der letzten Nacht ist es hier zu schweren Unruhen gekommen. Nachdem sich Menschenmengen auf dem Markt gesammelt hatten, hauptsächlich Jugendliche im Alter von 18 bis 20 Jahren, wurde die Menge aus dem Platz des Provinzamt's aufgebracht. Die Menge zog darauf zu dem jenseits der Wartbe gelegenen Provinzamt, eroberte den Posten, schlug die Türen ein und begann das Provinzamt zu plündern. Die aufgeborene Polizei und Feuerwehr waren machtlos. Eine Abteilung des Reichs-Regiments 14 mußte bald die Waffen strecken. Das ganze Provinzamt wurde ausgeplündert. Der Schaden beträgt noch über eine halbe Million.

In den Morgenstunden zog die Menge dann zu den Bahnhöfen, die von der Stadt zur Lebensmittelversorgung und zu Lebensmittelverteilung verwandt werden. Auch dort wurde geprügelt. Heute vormittag ist auch dort eingeschlagen und geplündert. Nahrungsmittel, Schokolade und Fett wurden geraubt. Heute vormittag ist die Plünderung im Provinzamt noch in vollem Gange. Geht wird wogeweise weggeführt. Das gesamte Lagerhaus ist geplündert. Militärische Hilfe konnte bisher noch nicht heranholen werden. Die Soldaten sind heute früh von der Menge geschrien worden, so daß Landsberg mittags ohne Brot ist. Für die Nachtstunden sind weitere schwere Unruhen zu erwarten.

# Die Kollage der Militärbeamten.

Man schreibt uns:

In einer außerordentlich mißlichen Lage befinden sich die Militärpersonen und vor allen Dingen die technischen Militärbeamten, die nach einer Verordnung des Kriegsministeriums noch bis zum 10. Juli 1919 im Militärverhältnis zu bleiben haben. Denn während denjenigen Militärpersonen, denen es durch ihre Verbindungen ausbleiben ist, aus dem offiziellen Militärdienst auszuscheiden, nimmermehr zum Teil bei ihren alten Stellen durch Brigadienverträge angestellt sind und ein entsprechendes hohes Gehalt bekommen, sind die anderen, die solche Verbindungen nicht aufweisen konnten, gezwungen, dieselben und noch mehr Dienste für ein weitaus geringeres Gehalt zu leisten. Es muß dringend gefordert werden, daß für die gleiche Arbeit auch der gleiche Lohn gezahlt wird.

# Aus der Partei.

Ueberritt zur U. S. V.

In einer stark besuchten Versammlung der U. S. V. in Fürstentberg (Mecklenburg-Vorpommern) wurde einstimmig der Ueberritt zur Unabhängigen Sozialdemokratie beschlossen.

# Verband der Transportarbeiter.

Am Sonntag den 22. wurde der Verbandstag in der üblichen Weise durch den Verbandsvorstand Oswald Schumann eröffnet. Nachdem die Wahl der ständigen Kommissionen erfolgt, wurde noch beschlossen, die Frage des Ratesystems auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes erregte die Aufmerksamkeit der Versammlung. In 24-kündiger Rede verteidigte die Reichsliste des Verbandes und wendete sich scharf gegen die Verhandlung, die politisch auf dem Boden der U. S. V. und U. S. D. stehen. Diesen Mitgliedern nicht er die Inanspruchnahme von Streik vor die mit den unangenehmsten Bedingungen verbundenen. Bei vielen seiner Ausführungen wird er immerfort durch wütenden Widerspruch der von ihm Angegriffenen unterbrochen. Sehr oft muß der Redner durch starke Ermahnungen die Ruhe wieder herstellen. Nachdem der Redner noch hat das in gemeinsamen Kampf Getriebene hervorhebt, schließt er mit einem Appell an die Solidarität und Verbrüderung: denn für jede politische Richtung sei im Verbande Raum und Verständnis.

In der Nachmittags-Sitzung nimmt der Redakteur Drexler des „Courier“ zum Bericht über die Preise das Wort. Er sei gegen den Krieg, aber für die Landesverteidigung gewarnt. Das sei ein sozialistischer Standpunkt, den auch Kadel nicht bestreiten dürfe. Die Kritik, die er an den übrigen Nebenrednern des Krieges üben wollte, sei jetzt von den militärischen und sonstigen Benutzungen vereitelt worden. So sei es also nicht seine Schuld, wenn der Inhalt des Rates nicht den Wünschen der Mitglieder entsprechen habe. Als Drexler aber ausführte, daß als nun der Militarismus und Kaiserismus bei uns gefügt, sich das wahre Gesicht der Entente gezeigt habe, erhebt sich ein gewaltiger Sturm des Widerspruches. Der Tagungsleiter ergreift die Gelegenheit, um gegen die Zwischenrufe in scharfen Worten vorzugehen. Nach Eintritt der Ruhe geht der Redner zum Schluß des Berichtes über, das er verteidigt, und zu den Vertriebenen über. Nach seiner Meinung haben diese Kade nur dann praktischen Erfolg, wenn sie stark Hand in Hand mit den Gewerkschaften arbeiten. Mit Ablehnung der politischen Masse schließt er sein Referat.

Am zweiten Tag wird mit der Diskussion des Reichsrichters begonnen. Als erster Redner erhält Alois-Werlin das Wort, der erklärt, daß es ihm in der üblichen Redegewalt nicht möge sich zu dem Reichsrichter Stellung zu nehmen. Er bittet vielmehr als Korrespondent der Opposition um Äußerung. Darauf erhebt sich sofort eine heftige Gegenüberstellung. Die Opposition vertritt hierauf den Stand und schließt erst zurück, nachdem Alois eine unerschütterliche Redezeit zugesichert bekommen hat.

In einer geschäftigen Rede hält Alois die Rechnung mit der Kriegspolitik des Verbandsvorstandes und mit der Haltung des „Courier“. Die außerordentliche Spannung in Transportarbeiterkreisen ist nicht weiter als die Folge dieser ganzen Politik. Die Transportarbeiter hätten erlaubt, daß nur noch eine recht baldige Verhandlung in den letzten Personalfragen die Verpösterung des Verbandes aufhalten könne. Das trübe vor allen Dingen auf den Redakteur Müller zu. Gerade die auf dem Boden der U. S. V. D. gehaltenen Mitglieder sind es, die erkennen, daß eine Eingung und Zusammenfassung der Kräfte mehr denn je nötig sei. Aus diesem Grunde machen sie auch nicht vor der einen oder der anderen Person halt. So muß jeder alles geben, um die Mission zum Zwecke für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Massen zusammenzubringen. Darum erlaube der Ruf zur Einigung und zur gemeinsamen Politik im Sinne des Vorkriegs. Guter, anhaltender Beifall löste die Ausführungen.

Der Bericht der Wahlprüfungskommission besagt, daß 207 Delegierte im Besitz von gültigen Mandaten seien; 4 Delegierte können nicht anerkannt werden. Zum Gewerkschafts-Tag sind 26 Delegierte zu wählen. Nach der Wahl geht es nach Berlin, Hamburg, die Deutsche, Straßener, und Post ohne Vertretung zu klären. Von einem Delegierten wird dieses Referat schon geäußert. Vom Vorstand wird der Beschluß gemacht, 6 Vertreter dazu zu wählen. Berlin und Hamburg verzichten aber darauf. So wurden nur noch Vertreter vorgenannter Städte und des Verbandes gewählt.

Nach der Mittagspause wird ein Begleichungsgramm der Transportarbeiter Deutschlands verlesen. Darauf wird die Diskussion fortgesetzt. Fast alle Diszussionsreden haben scharfe Kritik. Nur nicht nur an der Haltung des Verbandsvorstandes während und nach dem Krieg, sondern auch an der gegenwärtigen Haltung der Sozialistischen Regierung. Diese Regierung ist mit ihren Worten genau so beschämend als die Kapitulation, wie die Regierung Wilhelms II., ja bald noch mehr. Franco-Vereinigt mit der Zeitung zusammen, die ihm nicht gestattet, am Schluß seiner Redezeit noch eine kurze Erklärung zu geben. Die Redner können am Schluß, daß nur das geringste Protestat den Kampf mit dem Unternehmertum aufnehmen kann, und daß Stuttgart hierfür den Boden zu schaffen habe.

Die Verhandlungen werden dann auf Mittwoch, den 26. Juni, verlagert.

# Gewerkschaftliches.

Fabrikmaurer.

Eine am 25. Juni in Wilsch Schützen lagende Versammlung aller in Jüdelitz lebenden beschäftigten Maurer und Bauhilfsarbeiter nahm den Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen des Verbandes Berliner Metallarbeiter entgegen. Der Vorsitzende des Verbandes, Kollage, dankte den Mitgliedern, die es ermöglichten, daß die Verhandlungen in den eingetragenen Besessenen ohne Zutun der Organisationsleitung zuhande gekommen war. Die Verhandlung erfolgte dann durch die Verbrüderung und war das Resultat ein am 19. Juni abgeschlossener. In weiterem Verlauf der Dinge fanden dann Verhandlungen statt, und haben die Vertreter der Arbeitnehmer die gleiche Lage gewonnen, wie sie im Tarifvertrag für das Hochbauwerk mit dem Verband der Bauarbeiter festgesetzt sind. Der Vorstand des Verbandes Berliner Metallarbeiter erklärte demgegenüber, daß er sich infolge der ganz anderen Verhältnisse, unter denen die einschlägigen Arbeiter in den Metallbetrieben

